

## **Zivilen Tod als Waffe einsetzen, um Dissidenten zu unterdrücken (mit Hüseyin Dođru) | The Chris Hedges Report**

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Chris Hedges (CH):** Der deutsche Journalist Hüseyin Dođru wurde wegen seiner Berichterstattung über den Völkermord in Gaza mit drakonischen Sanktionen belegt. Seit Mai 2025 darf er Deutschland weder verlassen noch wieder einreisen, sollte er es irgendwie schaffen, das Land zu verlassen. Er wurde gezwungen, seinen Personalausweis abzugeben. Sein Bankkonto wurde eingefroren. Es ist ihm verboten zu arbeiten. Zum Überleben stehen ihm monatlich 506 Euro zur Verfügung. Der Deutsche Bundestag hat ein Gesetz verabschiedet, das sich gegen jeden richtet, der direkt oder indirekt einer Person auf der Sanktionsliste Geld oder andere Ressourcen zur Verfügung stellt. Verstöße werden mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe geahndet. Und da diese Sanktionen innerhalb der EU-Bürokratie als Verwaltungsmaßnahme definiert sind, kann er sich nicht an ein deutsches Gericht wenden. Diese Verhängung des „zivilen Todes“ ist eine bekannte Taktik, um Dissidenten handlungsunfähig zu machen und zum Schweigen zu bringen – sie wurde bereits gegen Paul Robeson und Julian Assange angewendet. Sie wurde auch gegen Francesca Albanese, die UN-Sonderberichterstatterin für Palästina, sowie gegen die beiden Richter des Internationalen Strafgerichtshofs eingesetzt, die Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Joaw Galant erlassen hatten – auch sie wurden aus dem globalen Finanzsystem ausgeschlossen.

Dođru gründete Anfang 2023 Red. Media, das linke englischsprachige Videoportal, das sich auf den Völkermord in Gaza und die palästinensische Solidaritätsbewegung in Deutschland konzentriert. In einer der vielleicht bizarrsten Wendungen dieser Geschichte wirft die Europäische Union ihm vor, dass seine Berichterstattung – Zitat – „Maßnahmen der Regierung der Russischen Föderation unterstützt, die die Stabilität und Sicherheit in der Union gefährden oder bedrohen“. Denken Sie mal darüber nach: Über den Völkermord in Gaza zu berichten, soll die Kriegsanstrengungen gegen Russland gefährden. Dođrus Name ist in dem 17. Sanktionspaket der EU gegen Russland aufgelistet. Keine der großen Zeitungen

oder Sender in Deutschland hat über seinen Fall berichtet. Dođru glaubt, dieses Schweigen hängt damit zusammen, dass Journalisten und Nachrichtenorganisationen befürchten, ebenfalls sanktioniert zu werden. Sanktionen wurden auch gegen Thomas Röper und Alina Lipp verhängt, zwei deutsche Journalisten, die in Russland tätig sind, sowie gegen Nathalie Yamb, eine kamerunisch-schweizerische Aktivistin, die für ihren Widerstand gegen den französischen Einfluss in Westafrika bekannt ist, und gegen Jacques Baud, einen ehemaligen Oberst der Schweizer Armee, dessen Berichte über das Debakel in der Ukraine die NATO und europäische Staaten verärgert haben. Bei mir zu Gast ist Hüseyin Dođru, um über seinen „zivilen Tod“ zu sprechen und darüber, was das für den Journalismus bedeutet – insbesondere für jene Journalisten, die über den Völkermord berichten. Gehen wir mal ganz zurück zum Beginn des Völkermords kurz nach dem 7. Oktober – können Sie beschreiben, über welche Themen Sie damals berichtet und was Sie auf Ihrem Portal veröffentlicht haben?

**Hüseyin Dođru (HD):** Hallo, Chris, danke, dass ich hier sein darf. Wie Sie bereits erwähnt haben, habe ich 2023 Red Media gegründet. Unser Ziel war es, ein antiimperialistisches, sozialistisches Nachrichtenmedium zu sein, das den Kampf der Menschen weltweit hervorhebt, insbesondere den Kampf des globalen Südens gegen westlichen Imperialismus und Ausbeutung. Bis zum 7. Oktober haben wir uns international auf Konflikte in Lateinamerika, Asien, Europa, aber auch auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten konzentriert. Und ab dem 7. Oktober lag unser Fokus nicht nur, aber hauptsächlich auf dem Nahen Osten und Palästina sowie auf den Kriegsverbrechen, die sich anfangs langsam entwickelten und später zu einem Völkermord wurden. Wir haben uns intensiv damit beschäftigt und über pro-palästinensische Anti-Völkermord-Demonstrationen auf der ganzen Welt berichtet – in Europa, in den USA sowie im Nahen Osten. Das war unser Hauptschwerpunkt.

Gleichzeitig ist es uns auch gelungen, einige Dokumentarfilme aus Palästina sowie vom afrikanischen Kontinent zu produzieren, die Ausbeutung thematisieren, Kriegsverbrechen aufdecken und auch die menschlichen Geschichten von Menschen erzählen, die auf ihre Weise gegen diese Ungerechtigkeiten kämpfen. Mit der Zeit haben wir auch versucht, mit den politischen Akteuren im Nahen Osten zu sprechen, die an diesem Krieg beteiligt sind, insbesondere mit den Gruppen der Achse des Widerstands – wie den palästinensischen Widerstandsgruppen, den Huthis, Ansar Allah und der Hisbollah –, um eine andere Perspektive auf die aktuellen Ereignisse zu bieten und auch zu versuchen, diese einseitige Berichterstattung über den Völkermord zu durchbrechen, die hier in Europa nach wie vor vor allem aus der Perspektive der zionistischen Entität im Nahen Osten dominiert. Und wir wollten das ein wenig durchbrechen, weil wir dachten und verstanden hatten, dass diese Leute, die sich dem Widerstand in Palästina entgegenstellen, dies teilweise tun, weil sie nicht mit deren Version der Ereignisse und dem historischen Kontext davon konfrontiert sind. Und das war unser Ziel.

**CH:** Und wann gab es die ersten Anzeichen dafür, dass Sie in ernsthafte Schwierigkeiten gerieten? Sie haben doch Nasrallah, den Chef der Hisbollah, und ein paar andere

Persönlichkeiten interviewt, oder? Glauben Sie, dass es daran lag? Wann haben Sie zum ersten Mal gemerkt, dass Sie in ziemlich ernsthaften Schwierigkeiten stecken?

**HD:** Das war noch vor den Sanktionen. Folgendes ist passiert: Durch unsere internationale Berichterstattung zum 7. Oktober haben wir viele Follower und Zuschauer gewonnen – ich glaube, von Januar 2024 bis Mitte September 2024 hatten wir fast eine halbe Milliarde Aufrufe, eine enorme Zahl. Und ich glaube, das hat etwas ausgelöst, weil es uns gelungen ist, dieses Bild und die Sichtweise auf die westlichen Länder zu durchbrechen – sowohl was ihre Mitschuld am Völkermord angeht als auch die Unterdrückung des pro-palästinensischen Aktivismus. Denn besonders in Deutschland haben wir erlebt – ich meine, vielleicht haben Sie das auch mitverfolgt, und die meisten Leute vergessen das –, wie die Repressionen nach dem 7. Oktober hier in Deutschland auf den Straßen aussahen. Leute wurden zusammengeschlagen, Knochen wurden gebrochen. In Berlin war es sogar eine Zeit lang verboten, Arabisch zu sprechen, und ich glaube, auch Hebräisch für antizionistische Juden. Irisch wurde auch verboten. Die Repressionen waren wirklich heftig.

Durch unsere Berichterstattung – diese ganz besondere Art der Reportage, die wir mit unseren Interviews und Einblicken aus dem Nahen Osten hier zu bieten versuchten – haben wir die Aufmerksamkeit der Leitmedien in Deutschland auf uns gezogen. Die fingen direkt an, Artikel darüber zu schreiben, wer „diese judenfeindlichen Videos verbreitet“ und wer diesen „Terroristenunterstützern“ hier in Deutschland und in Europa hilft. Und sie fingen an, uns unter die Lupe zu nehmen, und fanden irgendwann heraus, dass ich, der Gründer von Red Media, früher bei Redfish gearbeitet habe, das von Ruptly finanziert wurde, das damals mit RT verbunden war. Und sie starteten diese Propaganda: „Oh, Hüseyin Dođru hat bei Redfish gearbeitet, jetzt betreibt er Red Media, das muss dasselbe sein.“ Und bestimmte rechtsgerichtete, pro-zionistische Journalisten fingen an, eine Theorie über eine kommunistische Kreml-Judenhasser-Dreiecksverschwörung zu spinnen – dass wir hinter all diesen Demonstrationen stecken, dass wir diese Dinge provozieren.

Und diese Desinformation und Kampagne gegen uns seitens der deutschen Leitmedien gipfelte – ich glaube, es war am 14. oder 16. September 2024 –, als Anthony Blinken, damals sozusagen die zweitmächtigste Person der Welt, in Großbritannien eine Pressekonferenz gab und uns dann zum ersten Mal erwähnte. Und er sagte, Red Media sei eine verdeckte Operation russischer Desinformation, laut den deutschen Zeitungen. Aber die deutschen Zeitungen haben nie gesagt, dass es so ist, sie haben immer gesagt, es könnte so sein. Es war also anfangs eine Vermutung. Und dann sprach Blinken darüber. Die Frage ist auch, wie die Berichterstattung der deutschen Zeitungen auf seinem Schreibtisch landete, denn die deutschen Zeitungen sind international nicht wirklich relevant.

Und dann taten die deutschen Zeitungen Folgendes: Zunächst gab es eine Behauptung von ihrer Seite. Blinken äußerte sich dazu, und aus dieser Behauptung machten sie eine Tatsache. Sie sagten, Red Media sei russisch – weil Blinken das gesagt hatte. Was sie aber nie sagten, war: „Blinken bezieht sich auf unsere Artikel, in denen wir nie behaupten, dass es so ist; es gibt lediglich den Verdacht, dass es so sein könnte.“ Nachdem Blinken also öffentlich über uns gesprochen hatte – ich glaube, es gab noch ein anderes Medium –, wurde uns klar, dass

die Sache ziemlich ernst wurde, dass die gesamte Kampagne gegen Red Media seitens der deutschen Leitmedien auf seinem Schreibtisch gelandet war und er sich öffentlich dazu äußerte. Und wir rechneten damit, dass etwas kommen würde, dass Repressionen folgen würden – vielleicht Hausdurchsuchungen oder die Sperrung der Social-Media-Konten, was aber nicht passierte. Aber irgendwann im nächsten Jahr, 2025, am 20. Mai, wurden wir von der Europäischen Union sanktioniert.

**CH:** Die gesamte Medienorganisation wurde sanktioniert?

**HD:** Sowohl ich als auch meine Medienorganisation, Red Media. Ich meine, ich als Gründer wurde sanktioniert, weil mir vorgeworfen wurde, über meine Medienorganisation Red Media falsche Informationen, Desinformation und terroristische Propaganda zu verbreiten. Und das war der Grund, warum sie uns auf die Sanktionsliste gesetzt haben.

**CH:** Hat das Ihre Medienarbeit im Grunde genommen eingestellt?

**HD:** Nein, was vorher passierte – und ich denke, das ist die Ironie dabei, nicht die Ironie, sondern der beängstigende Teil, rein technisch gesehen –, denn wir wussten, dass etwas von der deutschen Regierung und den europäischen Regierungen kommen würde, und wir sahen, was passierte, als der Krieg in der Ukraine begann: In Deutschland wurde alles verboten, Menschen verloren auch nach dem 7. Oktober ihre Jobs, viele Wissenschaftler und Journalisten wurden von Zeitungen öffentlich angegriffen. Sogar deutsche Medien haben ihre Mitarbeiter gefragt, ob sie wüssten, wer an pro-palästinensischen Demos teilnimmt. Das führte dazu, dass viele Leute ihre Jobs verloren haben. Und wir reden hier nicht nur von Sozialarbeitern, sondern von Professoren, Journalisten, Ärzten, Anwälten – einfach allen. Uns war klar, dass es in eine düstere Richtung ging. Also haben wir ein oder zwei Wochen vor den Sanktionen beschlossen, Red Media einzustellen. Und das war noch vor den Sanktionen, ohne dass wir überhaupt ahnten, dass es so etwas wie Sanktionen geben würde, denn wir erhielten auch Drohungen – Drohungen gegen unsere Kollegen, es gab eine Social-Media-Kampagne gegen uns. Und dann haben wir beschlossen, dass es das Risiko nicht wert ist, vor allem für mich persönlich, da ich teilweise in Deutschland war, während andere Leute in anderen Ländern Europas lebten – und so kam es, dass wir Red Media schlossen. Wir haben das öffentlich bekannt gegeben. Und dann hat die Europäische Union, ich glaube ein oder zwei Wochen später, Sanktionen gegen mich und Red Media verhängt, obwohl es Red Media gar nicht mehr gab. Das ist das Komische oder sogar Beängstigende daran – dass sie hinter dir her sind, auch wenn du gar nicht das tust, was sie dir vorwerfen. Das geschah am 20. Mai.

**CH:** Bevor wir auf Ihre Sanktionen eingehen und darauf, was sie Ihrem privaten und beruflichen Leben angetan haben, erklären Sie uns bitte, warum Deutschland so ein leidenschaftlicher Unterstützer des zionistischen Staates, eines Apartheid-Regimes und des Völkermords ist. Aus der Ferne betrachtet – sicherlich nicht, weil Antirassismus den Deutschen im Blut liegt.

**HD:** Nein, ganz klar nicht, und das merkt man deutlich wenn man sich die Statistiken ansieht oder wenn man sich anhört, was für Aussagen der deutsche Bundeskanzler seit ein oder zwei Jahren macht – nämlich ziemlich rassistische Äußerungen öffentlich gegen Migranten. Es gibt dieses Klischee, welches deutsche Politiker ständig wiederholen, und zwar, dass sie eine historische Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel hätten, wegen dem, was Deutschland getan hat. Dazu haben sie einen Slogan: „Nie wieder ist jetzt“. Aber ich glaube nicht, dass Deutschland die zionistische Entität wegen der historischen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk unterstützt – denn wenn sie wirklich diese historische Verantwortung für die Verbrechen hätten, die sie begangen haben, würden sie dieselbe historische Verantwortung und Unterstützung für die Menschen in Namibia zeigen, die sie damals niedergemetzelt haben und denen sie bis heute die Zahlung von Entschädigungen verweigern. Sie würden dieselbe Unterstützung für die Menschen auf Kreta zeigen, die vom faschistischen Deutschland überfallen und massakriert wurden. Und bis heute weigern sie sich, Entschädigungen zu zahlen oder sie auch nur zu unterstützen. Das Komische daran ist, dass die deutsche Regierung auf Kreta bis heute eine Gedenkstätte bzw. einen Begräbnisplatz für ehemalige Nazi-Soldaten finanziert und bis heute mit deutschen Steuergeldern die Gräber faschistischer Personen bezahlt. Ich meine, das ist doch keine historische Verantwortung.

Ich denke, wir müssen generell verstehen, in welchem politisch-wirtschaftlichen Kontext die Unterstützung für Israel oder die Unterstützung für Völkermord stattfindet: Deutschlands Wirtschaft ist im Niedergang. Das ist eine Tatsache. Deutschland hat die technologische Modernisierung seiner Wirtschaft und seiner Industrie verpasst. Es hat die gesamte Entwicklung im Bereich der KI verpasst. Das Herzstück ihrer Industrie, nämlich der Autoindustrie, bricht zusammen. Sie verlieren gegen die USA. Sie verlieren gegen die Chinesen. Ich glaube, in diesem Zusammenhang versucht Deutschland, seinen eigenen Platz in einer sich wandelnden Welt zu finden, in der multipolaren Welt, in der wir leben. Und der deutsche Imperialismus versucht, auch in Europa die führende Kraft zu sein. Ich glaube, das ist auch der Grund, warum sie in Sachen Ukraine so stark Druck machen. Aus diesem Grund üben sie auch Druck im Nahen Osten aus, denn wenn man sich ansieht, wer in Deutschland vom Völkermord in Palästina profitiert, dann ist es der deutsche militärisch-industrielle Komplex, nämlich Rheinmetall. Deutschland verkauft dort immer noch Waffen. Deutschland hat Waffen an Saudi-Arabien verkauft. Deutschland hat Waffen an die Türkei verkauft, die im Nahen Osten, in Syrien, gegen die Kurden eingesetzt wurden. Und genau das Gleiche passiert jetzt auch in Palästina.

Und noch etwas: Ich glaube, Deutschland versucht, politisch und wirtschaftlich zu überleben. Ich meine, Sie haben sicher auch gehört, was Von der Leyen vor ein paar Monaten gesagt hat, als sie meinte, die Automobilindustrie solle umstrukturiert werden, damit sie an der Produktion von Panzern oder Waffen mitwirken kann. Und genau das wollen sie hier auch. Ich glaube, Volkswagen denkt jetzt auch darüber nach, für den militärisch-industriellen Komplex zu produzieren. Und Deutschland spielt eine entscheidende Rolle dabei, Europa militärisch neu zu gestalten und mehr Geld für die Militarisierung auszugeben. Jetzt wollen sie in den nächsten Jahren 500 Milliarden Euro investieren. Es findet auch eine

Militarisierung der Gesellschaft statt. Und ich denke, das alles ist Teil davon. Und selbst für sie und ihre Technologie sind Gaza und der Völkermord auch eine gute Gelegenheit, ihre Waffen zu testen und später – ich hoffe aber nicht – gegen Russland oder andere Orte auf der Welt vorzugehen, denn der deutsche Imperialismus erwacht wieder und sie wollen die dominierende Macht in Europa sein. Ich glaube, sie versuchen, ihren Platz in der Welt zu finden. Und wir wissen, wie es das letzte Mal endete, als der deutsche Imperialismus militarisiert wurde und in der Welt expandierte.

**CH:** Sie wurden sanktioniert. Wann haben Sie erfahren, dass Ihnen Sanktionen auferlegt wurden? Wie haben Sie davon erfahren, und ich nehme an, dass Ihnen sofort alle Mittel gesperrt wurden? Sie konnten nicht mehr zum Geldautomaten gehen und Geld abheben oder so?

**HD:** Ich wurde am 20. Mai 2025 sanktioniert. Folgendes ist sehr wichtig: Wenn man sanktioniert wird, bekommt man keine Benachrichtigung. Niemand informiert dich darüber. Niemand informiert dich im Voraus oder an dem Tag, an dem du mit Sanktionen belegt wirst. Es liegt an dir, herauszufinden, dass du mit Sanktionen bestraft wurdest. Das ist also der erste problematische Punkt. Sobald man mit Sanktionen belegt ist – und bis man herausfindet, dass man mit Sanktionen belegt ist –, könnte man die Sanktionen umgehen. Das ist eine Straftat. In Deutschland drohen dafür, glaube ich, mittlerweile bis zu fünf oder zehn Jahre Haft und 50.000 Euro. Ich bin mir bei der Zahl nicht ganz sicher. Wie haben wir es also herausgefunden? An dem Tag, an dem ich auf die Sanktionsliste gesetzt wurde, gingen meine Frau – die damals schwanger war – und ich in die Apotheke, um Medikamente für sie zu kaufen, und ihre Karten funktionierten nicht. Keine Kreditkarten, gar nichts. Da dachten wir, vielleicht gibt's da ein technisches Problem, und dann habe ich es mit meiner Karte versucht. Die funktionierte auch nicht. Dann haben wir die Bank angerufen, und die Bank meinte: Wir können Ihnen keine Auskunft geben. Sie sagten: Wir können Ihnen Auskunft geben, schreibt uns bitte eine E-Mail und einen Brief.

Später an dem Tag, als wir zu Hause waren, haben wir uns natürlich die Nachrichten angeschaut – wir sind ja Journalisten –, und zwar über das neue russische Sanktionspaket, und da habe ich meinen Namen auf dieser Liste entdeckt. Aber das Seltsame war, dass dort zwar mein Name und mein Geburtsdatum standen, aber auch, dass ich türkischer Staatsbürger und in der Türkei geboren sei – mit einer anderen Adresse, die nicht meine ist, obwohl ich deutscher Staatsbürger bin, ohne doppelte Staatsbürgerschaft. Da wurden wir stutzig, schauten genauer hin, lasen weiter und da stand „Hüseyin Doğru, AFA Medya, Red Media“, und wir dachten: Ja, das muss ich sein. Aber warum stand da so ein Fehler? Dann haben wir unseren Anwalt angerufen. Die Anwälte haben beim EU-Rat nachgefragt, was da los ist und warum das passiert. Als wir nämlich herausfanden, dass ich sanktioniert wurde, lasen wir die Begründung dafür.

Und das ist auch etwas, das ich für ziemlich gefährlich halte und das zeigt, wohin Europa insgesamt steuert: Dort hieß es, ich sei im Rahmen der 17. Russland-Sanktionen sanktioniert worden, wegen sehr enger finanzieller und persönlicher Verbindungen zum Propagandaapparat des russischen Staates. Und dann versuchten sie zu erklären, warum dem

so sei. Dafür nannten sie drei Gründe – das Dokument ist übrigens immer noch online zu finden: Der erste war, dass ich palästinensische Widerstandsgruppen interviewt habe, die ihrer Meinung nach terroristische Propaganda verbreiten. Der zweite Grund war, dass ich von einer Universitätsbesetzung berichtet habe. Die Humboldt-Universität hier in Berlin – übrigens Karl Marx' Universität – wurde von pro-palästinensischen Aktivisten besetzt. Und ich war dort, sie hatten mich eingeladen, sie hatten uns vorher informiert, und ich habe von dort berichtet. Sie sagten, ich hätte Judenhassern eine Plattform geboten, um terroristische Symbole zu verbreiten. Ich glaube, sie meinten damit das rote Dreieck, das in Deutschland mittlerweile verboten ist. Ich glaube, sogar das Symbol der Wassermelone ist in Deutschland mittlerweile verboten. Und der dritte Grund war, dass ich über Protestaktionen, Demonstrationen und gewalttätige Demonstrationen in Deutschland und in Europa berichtete. Damit versuche ich angeblich, Zwietracht zu säen und Europa zu destabilisieren, und davon könne nur Russland profitieren. Es fällt mir sehr schwer zu glauben, dass es so eine Formel und Begründung gibt.

Auf diese Weise habe ich also herausgefunden: Sobald man sanktioniert wird, werden die Konten sofort eingefroren – aber nicht nur die eigenen, sondern auch die der Familie. Die Konten meiner Frau wurden ebenfalls sofort eingefroren. Ihre Ersparnisse sind bis heute beschlagnahmt. Sie geben ihre Ersparnisse nicht zurück. Und seit einer Woche, fast zwei Wochen, sind die Konten meiner Mutter eingefroren. Sie fangen also an, auch deine Familie ins Visier zu nehmen, denn es gab eine Zeit – ich glaube, es waren fast 10 Tage, zwei Wochen –, in der ich, meine Frau, meine beiden Neugeborenen und mein siebenjähriges Kind ca zwei Wochen lang nur 104 Euro zum Überleben hatten. 104 Euro. In einer Stadt wie Berlin. Sie wollen einem wirklich wehtun und einem das Gefühl geben, dass sie es auf einen abgesehen haben, und sie zeigen einem auch, dass nicht nur die sanktionierte Person ins Visier genommen wird, sondern die ganze Familie mitbestraft wird. Denn seitdem – ich glaube, es war im Januar dieses Jahres – hat die deutsche Regierung ein neues Gesetz eingeführt: das Sanktionsvollzugsgesetz, das repressiver ist als die Sanktionen selbst. Meine Familie durfte nämlich bis dahin Unterstützung erhalten. Oder sagen wir mal so: Die Unterstützung für meine Babys, meine Kinder oder meine Frau wurde nicht unter Strafe gestellt. Aber das neue deutsche Gesetz macht dies nun strafbar – sie haben diese Tür offen gelassen, weil es so vage formuliert ist – im Grunde genommen wurde sogar die Unterstützung für meine Babys strafbar gemacht. Wenn jemand jetzt zu mir käme und sagen würde, er habe ein paar Windeln für meine Kinder, könnte er technisch gesehen mit fünf Jahren Haft oder einer Geldstrafe von bis zu 50.000 Euro belangt werden. Sie kriminalisieren also alles, um dich zu isolieren.

Und das sind auch Sanktionen, es handelt sich nicht nur um ein Einfrieren von Vermögenswerten. Und weil ich sanktioniert bin, darf ich Europa weder verlassen noch betreten – so lauten die Sanktionen. Das Problem ist aber, dass Sanktionen für Menschen außerhalb Europas gedacht sind. Sie wissen also nicht so recht, wie das bei mir funktionieren soll, weil ich EU-Bürger bin und in Europa lebe. Vor kurzem hat die deutsche Regierung gesagt, ich dürfe ausreisen. Aber als die Journalisten fragten, ob ich wieder einreisen dürfe, sagten sie, das liege „nicht in unserer Verantwortung“. Und die Journalisten sagten: „Aber er ist deutscher Staatsbürger“, und sie antworteten: „Das liegt nicht in unserer Verantwortung.“

Sanktionen haben also große Auswirkungen, nicht nur auf die betroffene Person, sondern auch auf die ganze Familie.

**CH:** Und natürlich dürfen Sie auch nicht arbeiten.

**HD:** Das ist auch etwas, was sie nicht wissen: ob ich arbeiten darf oder nicht. Wir haben eine Genehmigung beantragt, weil ich für alles eine Genehmigung bei der Bundesbank oder der BAFA – also der Zollbehörde – beantragen muss, wirklich für alles. Ich kann monatlich 506 Euro aus humanitären Gründen nutzen, was überhaupt nicht ausreicht. Für alles andere muss ich um Erlaubnis bitten – selbst wenn ich meine Miete bezahlen, meinen Anwalt bezahlen oder meine Rechnungen begleichen will, muss ich das beantragen und sie müssen mir dafür die Erlaubnis erteilen. Und bei der Arbeit ist es genauso. Es gab eine linke, antiimperialistische Zeitung namens Junge Welt – eine ziemlich bekannte linke Zeitung in Deutschland –, die mich einstellen wollte. Sie sagten: „Hey Hüseyin, wir wollen Solidarität zeigen, wir wollen dich außerdem bei uns einstellen.“ Und die deutsche Regierung kann uns bis heute nicht sagen, ob ich dort arbeiten darf oder nicht. Alles ist unklar, keiner hat die Antworten, weil diese Sanktionen im Widerspruch zum europäischen Recht stehen. Die Sanktionen verstoßen gegen das Recht der EU-Mitgliedstaaten, da sie gegen Menschen außerhalb Europas gerichtet sind. Ich befinde mich also gerade in einer Art Rechts-Limbo.

**CH:** Und Ihre rechtlichen Möglichkeiten – in Deutschland haben Sie keine, soweit ich das verstehe, aber technisch gesehen können Sie vor den Gerichtshof der Europäischen Union treten, stimmt das?

**HD:** Ja, also zunächst einmal glaube ich, dass die Leute verstehen müssen, dass Sanktionen außergerichtliche Maßnahmen sind. Es handelt sich um außergerichtliche Maßnahmen. Es gibt kein Gericht. Es gibt keine Anhörung. Es gibt keine Beweise. Es gab kein Urteil eines Gerichts. Nichts. 27 Außenminister Europas kommen einfach zusammen und beschließen, dass sie jemanden sanktionieren wollen. Das ist also das Hauptproblem. Ich muss mit gerichtlichen Mitteln gegen etwas vorgehen, das außergerichtlich beschlossen wurde – was eigentlich nicht funktioniert. In Deutschland kann ich also nicht vor Gericht gehen, weil Deutschland sagt, dafür seien sie nicht zuständig – ich müsse mich an die Gerichte der Europäischen Union wenden, was wir auch tun. Wir sind gerade vor dem Europäischen Gericht in Luxemburg, das direkt unterhalb des Europäischen Gerichtshofs angeordnet ist. Und wir erwarten eine Entscheidung, ich glaube, nächsten Monat, im Juli oder August.

Das Problem ist aber, dass ich nicht wirklich alle Möglichkeiten habe, mich angemessen zu verteidigen, weil ich meinen Anwalt technisch gesehen nicht bezahlen kann oder darf. Alle sagen zwar, man könne einen Anwalt haben, man könne das vor Gericht anfechten, aber ich muss die deutsche Regierung fragen, ob ich meine Anwälte bezahlen darf. Sie kontrollieren also, inwieweit ich Zugang zu meiner Verteidigung habe. Das macht es mir sehr schwer, dagegen anzukämpfen. Sie kontrollieren die Mittel und sagen: „Wir haben hier in Deutschland nichts damit zu tun.“ Im Moment warten wir also auf die Antwort; wir gehen davon aus, dass es eine negative Entscheidung der europäischen Gerichte geben wird, weil es sich um eine politische Entscheidung handelt. Sanktionen sind politisch. Das hat nichts mit

einem gerichtlichen Verfahren zu tun. Selbst auf der Website des Europäischen Rates steht so etwas in der Beschreibung von Sanktionen – und das ist das Beängstigendste daran; ich denke, das zeigt uns den europäischen Imperialismus, vielleicht den deutschen Imperialismus, denn der deutsche Imperialismus ist europäischer Imperialismus, die hier dominierende Macht – und dort heißt es, Sanktionen seien „nicht strafender Natur“. Sanktionen sollen „das nicht rechtswidrige Verhalten einer Person ändern, um die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zu fördern“. Das ist sehr wichtig: „Nicht rechtswidriges Verhalten“ wird sanktioniert. Das bedeutet also: Wenn du nicht so denkst wie wir, wenn du unsere Außen- oder Sicherheitspolitik nicht unterstützt, dann können wir dich sanktionieren. Das ist bewusst eingesetzte Zensur. Das ist reine Zensur. Die Europäer lieben es zu sagen: Schaut euch das autoritäre System in Russland an, schaut euch das autoritäre System in Venezuela, in Kuba, in China an, aber wie McNamara, ich glaube, so hieß er, der irische Europaabgeordnete, sagte: Indem wir Desinformation bekämpfen, werden wir zu dem, wogegen wir angeblich kämpfen. Und das ist das Problem, das ich damit habe. Also ja, mal sehen. Ich denke, die Gerichtsentscheidung wird in ein bis zwei Monaten fallen. Und wenn es negativ ausfällt, gehen wir vor den Europäischen Gerichtshof. Bis dahin bin ich sanktioniert, und das kann noch ein paar Jahre dauern.

**CH:** Wie wirkt sich das auf Ihren Alltag aus?

**HD:** Der Alltag – technisch gesehen lebt man von Tag zu Tag, weil man nicht weiter planen kann. Wir wissen nicht, ob am nächsten Tag die Konten meiner Frau wieder gesperrt werden oder die 506 Euro, die ich persönlich aus humanitären Gründen nutzen darf, wieder eingefroren werden. Wir befinden uns gerade in einer Situation, in der die Konten meiner Frau jederzeit wieder gesperrt werden könnten. Und dann dauert es ein oder zwei Wochen, vielleicht drei Wochen, bis wir Zugang zu mehr Geld haben – mehr als die 506 Euro. Und dann hat man Probleme. Warum? Man kann die Miete nicht bezahlen, man kann sich kein Essen leisten. Man kann die Grundbedürfnisse nicht decken, nicht nur für mich, sondern auch für meine Familie. Und jemanden anderen darum zu bitten, das zu tun, ist ebenfalls nicht erlaubt. Das ist also das Schwerste daran.

Und was außerdem passiert – wenn man nicht die Mittel zum Überleben oder zum Leben hat, isoliert einen das auch, weil die Leute Angst bekommen. Viele Menschen in Deutschland, auch Journalisten, die mir schreiben, Nachbarn, Freunde oder wer auch immer – sie zeigen sich auf WhatsApp, Signal oder in privaten Gesprächen voll und ganz solidarisch mit mir, aber sie veröffentlichen nichts, weil sie auch nicht wissen, was diese Sanktionen für sie bedeuten, falls sie etwas Positives über mich schreiben oder überhaupt über mich berichten. Aber das ändert sich gerade ein bisschen, weil sich die deutschen Leitmedien langsam mit meinem Fall auseinandersetzen – doch je mehr Aufmerksamkeit ich bekomme, desto mehr Repressionen muss ich hinnehmen, auch von den deutschen Medien.

Für mich persönlich bedeutet das zum Beispiel auch, dass meine Gewerkschaft mich angreift. Sie hat eine Stellungnahme abgegeben und gesagt: „Wir teilen die Einschätzung des Auswärtigen Amtes; solange sich die Einschätzung des Auswärtigen Amtes bezüglich Hüseyin Dođru nicht ändert, wird sich auch unsere Position nicht ändern.“ Das zeigt auch,

wie sehr die Gewerkschaft und die Zeitungen auf die Linie der Regierung ausgerichtet sind. Also noch einmal: Ich komme auf das Beispiel zurück, das ich genannt habe, dass Deutschland immer mit dem Finger auf andere zeigt, aber wenn es um Pressefreiheit geht und darum, wie alles voneinander getrennt ist und dass die Regierung das nicht kontrolliert – es fühlt sich an, als täte sie es doch. Oder zumindest folgen sie alle der staatlichen Linie. Und zu guter Letzt ist es für uns auch sehr schwer, dass unsere Kinder angegriffen werden. Ihr Überleben wird bedroht, und das macht einem Angst. Man ist ständig – ich meine, wir sind nicht paranoid, aber wir haben ständig Angst, in eine Situation zu geraten, in der wir unsere Kinder irgendwann nicht mehr ernähren können, weil wir diese 10 Tage, fast zwei Wochen, durchgemacht haben, und das ist im Moment das Brutalste, was sie uns angetan haben. Man fürchtet sich sehr davor, denn man sitzt fest und kommt nicht raus.

**CH:** Welche Auswirkungen hatte das auf andere unabhängige Medienorganisationen, die ähnliche Arbeit leisten wie Red Media?

**HD:** Ich glaube, was gerade passiert – ich weiß nicht, wie es bei Medienorganisationen aussieht, aber bei Journalisten. Journalisten in Europa. Nehmen wir mal Deutschland als Beispiel: Seit dem 7. Oktober haben viele Journalisten ihren Job verloren. Warum? Weil sie die zionistische Entität kritisiert haben, weil sie den Völkermord kritisiert haben oder weil sie über den Völkermord gesprochen haben. Viele Journalisten haben ihren Job verloren. Viele Journalistenorganisationen wie *Reporter Ohne Grenzen Deutschland* haben – ich glaube, im Jahr 2025 – einen Bericht veröffentlicht, in dem sie hervorheben, wie die Nachrichtenredaktionen Druck auf die Journalisten ausüben, direkt oder indirekt im Namen der zionistischen Entität zu berichten und bestimmte Wörter oder Formulierungen nicht zu verwenden. Und das wirkt sich auf journalistische Jobs aus. Und Journalisten in Deutschland – vielleicht nicht alle, aber ein großer Teil der Journalisten, die ich kenne – vermeiden es einfach, über bestimmte Themen zu sprechen. Und ich denke, das ist auch eine Art von Sanktion. Was mich von Lipp, Röper, Jacques Baud sowie Nathalie Yamb unterscheidet, ist, dass sie außerhalb Europas leben. Sie werden zwar sanktioniert, aber sie können trotzdem weiterleben. Sie können immer noch Geld verdienen, sie können immer noch Dinge kaufen. Bei Francesca Albanese war es genauso – ich sage nicht, dass das gut ist, es ist immer noch eine schlimme Situation, aber ich stecke als europäischer Staatsbürger hier in Europa fest. Ich befinde mich im Moment praktisch in einem Gefängnis. Und was mir und meiner Familie widerfährt, macht den Menschen und Journalisten so viel Angst, dass sie sich selbst zensurieren. Und ich glaube, das ist auch das Ziel. Jetzt muss Europa Journalisten nicht mehr sanktionieren, weil sie Angst haben.

Und besonders mit den neuen Gesetzen, die in Deutschland kommen – ich meine, da wird ein Gesetz vorgeschlagen, nach dem man bis zu fünf Jahre Gefängnis bekommen kann, wenn man das Existenzrecht des Staates Israel leugnet. Es eskaliert komplett. Und ich glaube, was gerade passiert, ist, dass sie auch mit den Sanktionen testen. Es ist im Moment ein Testfeld: Wie weit können sie gehen? Wie weit können sie die Rechte der Menschen, die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit einschränken? Sie sind dabei, alles auszuarbeiten und auszutesten. Aber in manchen Ländern geschieht das nicht mehr auf EU-Ebene. Die Länder selbst

verhängen Sanktionen gegen Menschen. In Frankreich gibt es den leider wenig bekannten Fall eines iranisch-französischen Journalisten, Shahin Hazamy – ich glaube, er ist französischer Staatsbürger mit iranischem Hintergrund –, der von der französischen Regierung sanktioniert wurde. Seine Wohnung wurde von Anti-Terror-Einheiten gestürmt, weil er im Libanon war und von dort berichtete. Und die Videos sind sogar online – er hat sie veröffentlicht –, auf denen zu sehen ist, wie seine schwangere Frau von Anti-Terror-Einheiten – glaube ich zumindest – gegen die Wand geschleudert wurde, und er hat alles öffentlich gemacht. Es eskaliert also, und die Leute bekommen Angst.

Und genau das ist das Problem, das Sanktionen mit sich bringen. Nicht nur ich werde persönlich angegriffen, sondern die gesamte Gesellschaft wird ebenfalls bedroht. Sogar der Sprecher des deutschen Außenministeriums hat während der deutschen Pressekonferenz Journalisten bedroht. Er sagte, „jeder, der unseren Informationsraum bedroht, wird mit Sanktionen bestraft.“ Der Begriff „Informationsraum“ ist dabei besonders wichtig. Ich glaube, genau das ist auch das Ziel: die Militarisierung der Information. Sie wollen die Informationen kontrollieren, denn bei Sanktionen geht es nicht darum, ob man etwas Falsches tut oder sagt – für sie ist es wichtig, wer es sagt, wer die Informationen liefert, wer das Informationsmonopol hat. Und das macht Angst.

**CH:** Vielen Dank, Hüseyin. Ich möchte mich auch bei Max, Thomas und Noel bedanken, die die Sendung produziert haben. Ich bin unter [chrisedges.substack.com](https://chrisedges.substack.com) zu finden.

## ENDE

---

**Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:**

**BANKKONTO:**  
Kontoinhaber: acTVism München e.V.  
Bank: GLS Bank  
IBAN: DE89430609678224073600  
BIC: GENODEM1GLS

**PAYPAL:**  
E-Mail: [PayPal@acTVism.org](mailto:PayPal@acTVism.org)  
g

**PATREON:**  
<https://www.patreon.com/acTVism>  
m

**BETTERPLACE:**  
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: [info@acTVism.org](mailto:info@acTVism.org)

